

# Luzerner Paar will sich mit Anwalt aus Reisequarantäne befreien

**Widerstand gegen Massnahme** Obwohl der Bundesrat neue Regeln für Einreisende erlassen hat, müssen sich weiterhin Tausende zu Hause isolieren. Erstmals fechten zwei Personen die Verfügung des Kantonsarztes an.

Janine Hosp

12'099 Personen sitzen zurzeit in der Schweiz in Quarantäne, weil sie aus einem sogenannten Risikoland eingereist sind. Darunter ist auch ein Paar aus dem Kanton Luzern. Dieses will nicht akzeptieren, dass es zehn Tage in Quarantäne bleiben soll, und hat die entsprechende Verfügung des Kantonsarztes angefochten, wie diese Redaktion weiss.

Das Paar war am Sonntag aus den Ferien auf den Kanarischen Inseln zurückgekehrt. Es kann nicht nachvollziehen, weshalb es nicht mehr aus dem Haus gehen darf – schliesslich ist in der Schweiz die Zahl der Ansteckungen mit 763 pro 100'000 Einwohner in den vergangenen 14 Tagen deutlich höher als in Spanien mit 472 Ansteckungen.

Dennoch hat der Kantonsarzt das Gesuch des Paares abgelehnt, ihm die Quarantäne zu erlassen. Da Spanien über 60 Ansteckungen pro 100'000 Einwohner verzeichnet, stand das Land bei der Rückkehr des Paares noch auf der Liste der Risikoländer des Bundes. Diese ist mit den weltweit steigenden Zahlen der Neuinfektionen länger und länger geworden, und mittlerweile figurieren 65 Staaten ganz oder in Teilen darauf. Auch die Schweiz selber müsste nach diesen Kriterien seit Mitte September darauf stehen – und zwar ziemlich weit oben.

## Nur noch vier Länder auf der Risikoliste

«Es war von Anfang an klar, dass die heutige Regel absurd wird, sobald die Schweiz selber ein Risikoland ist», kritisiert der FDP-Ständerat Andrea Caroni. Schliesslich sei jedes Land, das weniger Ansteckungen verzeichne, sicherer. Caroni ist Anwalt und hat am Montag im Namen des Luzerner Paares die Verfügung des Kantonsarztes angefochten. Ihm ist es unerklärlich, weshalb der Bundesrat nun vier Monate brauchte, um die Regel anzupassen. «Bis heute sassens deswegen Abertausende von Menschen zu Unrecht in Quarantäne.»



Über 12'000 Personen sitzen in der Schweiz zurzeit in Quarantäne, weil sie aus einem Risikoland eingereist sind. Foto: Christian Beutler (Keystone)

**«Auch wenn die Regeln nicht perfekt sein können, dürfen sie nicht willkürlich sein.»**

Andrea Caroni  
Anwalt der Kläger

Tatsächlich hat der Bundesrat am Mittwoch bekannt gegeben, dass er den heute fixen Schwellenwert flexibilisieren will. Bereits vom Donnerstag an setzt er nur noch jene Länder und Regionen auf die Liste der Risikoländer, deren Ansteckungsrate um über 60 Fälle höher liegt als jene der Schweiz. Am Mittwoch, als

die Schweiz 763 Ansteckungen pro 100'000 Personen verzeichnete, lag dieser Wert bei über 823. Auf der Liste der Risikoländer sind jetzt lediglich noch vier Staaten aufgeführt: Andorra, Belgien, Tschechien und Armenien.

Bundesrat Alain Berset sagte vor den Medien, die gekürzte Liste sei keine «Einladung zum Reisen». Er appellierte an die Bevölkerung, nur noch dringende Reisen zu unternehmen; sie könne aufgrund der hohen Fallzahlen in der Schweiz in vielen Ländern ohnehin nicht mehr frei reisen. Die Schweiz stehe derzeit europaweit praktisch am schlechtesten da.

Mit der neuen Quarantäneregulierung hat sich Caronis Mandat jedoch nicht erübrigt. All die

Tausenden, die zurzeit in Quarantäne sitzen, und all jene, die noch am Mittwoch aus einem Risikoland zurückgekehrt sind, müssen weiter zu Hause sitzen – auch wenn das Land, aus dem sie eingereist sind, am Donnerstag bereits nicht mehr auf der Risikoliste steht. Hätte der Bundesrat die neue Regel hingegen rückwirkend in Kraft gesetzt, so wäre es, wie Caroni sagt, zur grössten «Gefangenenbefreiung» in der Schweiz gekommen.

Nach seiner Einschätzung haben seine Mandanten gute Chancen, dass sie recht bekommen: «Die geltende Quarantänebestimmung ist völlig unverhältnismässig», kritisiert er. Sie greife in die persönliche Freiheit ein, ohne dass sie das bewirke, was sie eigentlich sollte: die Pande-

mie bekämpfen. Sie sei auch willkürlich, weil sie völlig ignoriere, ob ein Ausreiseland für die Schweiz ein Risiko darstelle oder nicht. Und das verstosse gegen die Verfassung.

## Kläger bleiben wohl in Quarantäne

Für Caroni geht es um Grundsätzlicheres als nur um die Quarantäne: «Auch wenn in einer solchen Krise die Regeln nicht perfekt sein können, dürfen sie nicht willkürlich sein. Der Rechtsstaat gilt auch in der Pandemie.»

Und darum geht es auch dem Paar aus Luzern. Denn wie auch immer der Entscheid der Luzerner Behörden ausfällt – er wird wohl erst gefällt, wenn ihre Quarantäne vorüber ist.

## Regierung entzieht Pierre Maudet das Departement

**Genf** Dem Staatsrat werden Mängel in der Führung vorgeworfen. An Sitzungen darf er noch teilnehmen.

Der Genfer Staatsrat Pierre Maudet fällt immer tiefer. Die FDP Genf warf ihr einstiges Wunderkind im Sommer aus der Partei. Zeitgleich kündigte die Staatsanwaltschaft an, den 42-Jährigen wegen Vorteilsannahme im Amt vor Gericht zu stellen. Nun verliert Maudet auch noch sein Departement beziehungsweise den letzten Rest, der davon übrig geblieben ist.

Maudets Regierungskollegen haben am Mittwoch in einer in corpore abgehaltenen Medienkonferenz bekannt gegeben, dass er die Verantwortung über die Wirtschaftsförderung an seine einstige Parteikollegin Nathalie Fontanet abgeben muss. Maudets übrige Zuständigkeiten waren ihm von seinen Kollegen schon früher entzogen worden.

Für Maudet bedeutet der neue Entscheid, dass er bis auf weiteres nur noch an den wöchentlichen Regierungssitzungen teilnehmen darf. Der 42-Jährige hat sich mit der Regierung darauf verständigt, dass er weder sein Departement betritt noch Kontakte zu seinen 25 Mitarbeitern pflegt. Die einzig verbleibende Mitarbeiterin ist seine Stabschefin Nadia Méric als persönliche Mitarbeiterin.

## Zu viele Krankheitsfälle

Den Entzug des Departements begründete Nathalie Fontanet mit massiven Arbeitskonflikten. Gemäss Recherchen von Radio RTS hat Finanzdirektorin Fontanet, die auch oberste kantonale Personalchefin ist, im Frühjahr eine Untersuchung eröffnet, weil es in Maudets Departement zu auffällig vielen Krankheitsabsenzen gekommen war. Gemäss Statistiken waren mehr als sieben Prozent von Maudets Angestellten dauerhaft abwesend. Fontanet setzte eine Expertin ein, um die Fälle zu untersuchen.

Die Expertin habe vor wenigen Tagen ihren Zwischenbericht abgegeben, so Fontanet. Die Befunde im Bericht und die Schilderungen der Expertin waren offenbar derart krass, dass sich die Regierung gezwungen sah, sofort zu handeln. Fontanet sprach davon, dass «das physische und psychische Leiden» bei Maudets Angestellten derart gross gewesen sei, dass der Staat als Arbeitgeber zum Eingreifen gezwungen war. Die aktuelle Regierungspräsidentin Anne Emery-Torracinta (SP) liess durchblicken, dass bei gewissen Betroffenen die Gefahr bestand, dass sie sich etwas antun würden.

Im Fokus der Untersuchung steht auch Maudet selbst. Er gab sich unbeeindruckt und betonte, er kenne den Zwischenbericht erst seit Dienstagabend. Zum Inhalt äusserte er sich nicht, bemerkte aber, es stellten sich viele Fragen und sowieso habe die Expertin ihn gar nicht angehört. Die Regierung habe «zu früh und ungerechtfertigt» entschieden, urteilte Maudet. Wie er seine weitere Zukunft im Staatsrat sieht, will er heute in Form eines Communiqués mitteilen. Er sprach davon, dass der Departementsentzug vorübergehend sei. Eine Beurteilung sei erst aufgrund des Schlussberichts möglich.

Philippe Reichen

# Erste Kantone rufen die Armee zu Hilfe im Kampf gegen Covid

**Neuer Militäreinsatz** Freiburg und Genf können die Pandemie nicht mehr aus eigenen Kräften bewältigen.

Wie in der ersten Welle der Pandemie soll erneut die Armee zum Einsatz kommen. Der Kanton Freiburg hat beim Bund am Dienstag ein entsprechendes Gesuch deponiert. Die Kantonsregierung ist zum Schluss gekommen, die Pandemie ohne Truppen nicht mehr bewältigen zu können. Bereits jetzt sind in Freiburg mehr Covid-Patienten in Spitalpflege als in der ersten Welle – und eine Trendwende bei den Ansteckungszahlen ist nicht in Sicht.

Die Situation ist offenbar dringend: Die Kantonsregierung hat den Bund darum ersucht, schon fürs kommende Wochenende militärische Hilfskräfte für die Pfl-

ge von Patienten, Transporte und sonstige Logistikleistungen zur Verfügung zu stellen. Der Kanton wünscht, dass die Hilfskräfte sieben Tage die Woche rund um die Uhr im Einsatz sind. Pro Schicht sollen rund 30 Soldaten das Spitalpersonal unterstützen. Das bestätigen gegenüber dieser Zeitung mehrere informierte Personen.

Freiburg zählt zu den am stärksten betroffenen Kantonen: Binnen 14 Tagen wurden zuletzt 1333 bestätigte Infektionen auf 100'000 Einwohner registriert. Nur das Wallis und der Jura haben noch mehr Covid-Fälle.

Auch der Genfer Gesundheitsdirektor Mauro Poggia (MCG) be-

stätigt gegenüber dieser Zeitung, dass Genf beim Bund den Einsatz von Sanitätstruppen beantragt habe. Gemäss Recherchen bereiten weitere Westschweizer Kantone Hilfsgesuche vor. An seiner Sitzung hat der Bundesrat gestern aber weder das Genfer noch das Freiburger Gesuch behandelt.

Zu Beginn der zweiten Corona-Welle ist es an der Landesregierung, Armeehilfeeinsätze zu bewilligen. Es sei aber notwendig, dass die Gesuche formell korrekt und begründet seien, betonte Gesundheitsminister Alain Berset an der Medienkonferenz vom Mittwoch. Es müsste mitunter klar sein, dass die Kantone ihre Prob-

leme trotz der interkantonalen Solidarität nicht lösen könnten.

Im Fall von Freiburg kann der Bundesrat rasch entscheiden und Durchdiener bis zum Wochenende in den Kanton beordern. Hilfe wird gebraucht: «Die Situation im Freiburger Spital ist angespannt», sagt Didier Page, Kommunikationschef der Freiburger Sicherheitsdirektion. Man habe noch Kapazitäten für die Aufnahme von Covid-Patienten. Doch das im Frühling erreichte Limit von 89 sei mit derzeit 95 Hospitalisierungen bereits überschritten. Zudem habe sich ein Teil des Personals mit dem Virus infiziert, was zu weiteren Engpässen führe. «Die

Hilfe des Militärs würde zu einer gewissen Entspannung führen.»

In der ersten Corona-Welle ist es zur grössten Mobilisierung der Schweizer Armee seit dem Zweiten Weltkrieg gekommen. Der Bundesrat hatte am 16. März den Einsatz beschlossen, es kamen bis zu 6000 Soldaten gleichzeitig zum Einsatz. Sie unterstützten die zivilen Behörden, namentlich die Spitäler, aber auch das Grenzschutzkorps und die kantonalen Polizeikräfte. Die letzten wurden erst am 30. Juni aus ihrem Corona-Einsatz entlassen.

Markus Häfliger  
und Philippe Reichen